

Antrag Nr. 03

der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen
an die 172. Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer
am 23. Juni 2022

UMFASSENDE PFLEGEREFORM RASCH UMSETZEN

Österreich befindet sich zunehmend in einer Versorgungskrise in der Langzeitpflege.

Herausforderungen

Haupttreiber der Entwicklungen in der Langzeitpflege ist die Demografie. Der Anteil der Menschen im Alter von 65 Jahren und älter wird deutlich anwachsen. Damit steigt die altersbedingte Nachfrage nach Betreuung und Pflege. Gleichzeitig schrumpft der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter – viele verlassen aufgrund der Pensionierung das Berufsleben. Somit sinkt auch die Verfügbarkeit von qualifizierten Pflegeberufen. Aus diesen Gründen ist die ausreichende Anzahl von Menschen in den Pflegeberufen die zentrale Herausforderung für Gesellschaft und Politik.

Zahlen und Fakten

Derzeit leben in Österreich rund 466.000 Menschen, die Pflegegeld beziehen. Diese Zahl wird bis 2030 auf geschätzte 555.000 Personen ansteigen. Rund ein Drittel davon (33 %) erhalten Unterstützung durch mobile Dienste, ein Fünftel (20 %) wohnt in einem Pflegeheim. Etwa 5 % haben eine Personenbetreuung (die sogenannte „24-Stunden-Betreuung“). Tageszentren und alternative Wohnformen zusammen werden hingegen lediglich von 2,4 % genutzt. Rund 40 % erhalten gar keine professionelle Hilfe und sind ausschließlich auf informelle Betreuung und Pflege durch pflegende An- und Zugehörige angewiesen. Für das Pflegegeld und die Sachleistungen wendet Österreich derzeit 1,5 % des BIP auf und liegt damit international nur im Mittelfeld. Der Spitzenreiter Niederlande liegt bei 4 % BIP-Anteil.

Rund 80 % der Pflegegeldbezieher:innen leben zu Hause. Auch wenn mobile Dienste bei der Unterstützung helfen, benötigen die meisten Betroffenen zusätzlich Hilfe von pflegenden Angehörigen. Rund 1 Million Menschen in Österreich begleiten einen Angehörigen mit Pflegebedürftigkeit daheim oder im Pflegeheim. Etwa 300.000 der pflegenden Angehörigen sind berufstätig.

Versorgung

In der Versorgung mit Angeboten der Langzeitpflege gibt es zunehmende Probleme. Tausende Pflegeplätze in Pflegeheimen sind nicht genutzt, weil es nicht genug Personal für den Betrieb gibt. Pflegebedürftige Menschen zu Hause müssen immer öfter von den Anbietern von mobilen Diensten vertröstet werden, weil die Kapazitäten für die Betreuung und Pflege fehlen. Es gibt Wartezeiten bis man Hilfe bekommt. Viele Betroffene in Österreich merken inzwischen, dass sie nicht jene Hilfe erhalten, die sie benötigen. Im statistischen Durchschnitt erhält jede Person in Österreich, die mobile Dienste nutzt, lediglich 2 Stunden pro Woche bzw 9 Stunden pro Monat. Der mindestens erforderliche monatliche Unterstützungsbedarf für Pflegegeldstufe 1 liegt bei 66 Stunden im Monat.

Pflegegeld

Dabei steht die Pflegegeldeinstufung selbst seit Jahren in der Kritik. Sie bildet die Pflegebedürftigkeit nur unvollständig ab, weil sie psychosoziale Bedarfe, Prävention und Gesundheitsförderung zu wenig berücksichtigt. Das führt zu Ungerechtigkeit und Unterversorgung, weil viele Leistungen in Österreich an der

Pflegegeldstufe hängen: vom Pflegegeld selbst, über den Zugang zu Sachleistungen, die Selbst-/Weiterversicherung für pflegende Angehörige bis hin zur Personalausstattung in den Pflegeheimen.

Personal

In den mobilen Diensten, Tageszentren und Pflegeheimen sind etwa 69.000 Betreuungs- und Pflegepersonen tätig. Bis 2030 müssen in der Langzeitpflege 27.000 zusätzliche Pflegepersonen, das ist mehr als ein Drittel des heutigen Personalstandes, gewonnen werden, um die anstehenden Pensionierungen und den demografischen Mehrbedarf abzudecken. 100.000 neue Pflegende sind es, wenn man auch den Bedarf in den Krankenhäusern berücksichtigt. Und das bei bekannt schwierigen und herausfordernden Arbeitsbedingungen, insbesondere durch das Fehlen verlässlicher Dienstpläne und der damit mangelnden Erholung sowie die extrem hohe Arbeitsdichte während der Dienste. Die Covid-19 Pandemie hat die psychischen Belastungen noch weiter verstärkt. Inzwischen denken 44 % der Arbeitnehmer:innen in der Pflege monatlich oder noch häufiger an einen Berufsausstieg. Ohne rasche Gegenmaßnahmen, wird der „Pflexit“, wie die Berufsausstiegswelle auch genannt wird, die Personalknappheit und den Versorgungsnotstand noch weiter verschärfen.

Um attraktive Arbeitsplätze und damit Versorgungssicherheit in der Langzeitpflege sicherzustellen, muss eine Pflegereform fünf wesentliche Punkte beinhalten: attraktive Ausbildungen für Pflegeberufe, gute Arbeitsbedingungen, Ausbau der professionellen Dienstleistungen, eine Neuaufstellung der Pflegegeldeinstufung sowie eine nachhaltige Finanzierung. Die Finanzierung dieser dringend erforderlichen Maßnahmen ist möglich und bringt neben guter Betreuung und Pflege für Österreichs Bevölkerung auch hohe Rückflüsse durch Steuern und SV-Beiträge in die öffentlichen Haushalte.

Die 172. Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer fordert die Bundesregierung dazu auf, in Zusammenarbeit mit den Bundesländern und allen relevanten Stakeholdern rasch die erforderlichen Maßnahmen einer umfassenden Pflegereform umzusetzen, die insbesondere folgende Punkte beinhalten:

Ausbildung für Pflegeberufe

- **Umsetzung eines existenzsichernden Ausbildungsgelds,**
- **Ausbau des BHS/BMS-Schulmodells im Rahmen des Regelschulwesens,**
- **verbesserte Durchlässigkeit für Karrieremöglichkeiten vom Pflegeassistentenberuf bis hin zur tertiären Ausbildung an FHs und Universitäten,**
- **Verbesserung der Bedingungen für die Praxisanleitung (Freistellung, Ausbildung, Entlohnung).**

Arbeitsbedingungen

- **Verlässliche Dienstpläne und damit gesicherte Freizeit,**
- **besserer Zugang zu Schwerarbeitspension für Pflegeberufe,**
- **einheitliche Vorgaben für den Personaleinsatz (nur Berücksichtigung von voll ausgebildeten, tatsächlich verfügbaren Personen, keine Nachdienste allein),**
- **Ergänzung bestehender Pflegeteams durch zusätzlichen Einsatz weiterer qualifizierter Berufsgruppen, wie therapeutische MTD-Berufe (multiprofessionelle Teams),**
- **Entwicklung und Implementierung eines wissenschaftlich fundierten Modells der Personalbedarfsbemessung, das sich an einer guten Pflegequalität orientiert,**
- **finanzielle Attraktivität der Arbeit in der Langzeitpflege gegenüber dem Akutbereich sicherstellen.**



Sozialdemokratische
Gewerkschafterinnen
in der Bundesarbeitskammer

Ausbau der Sachleistungen

- **Ausbau von mobilen Diensten, teilstationären Angeboten und stationären Pflegeplätzen, zur Versorgung von Menschen mit Pflegebedürftigkeit aber auch zur Unterstützung und Entlastung pflegender Angehöriger,**
- **gemeinsame Koordination, Steuerung und Finanzierung der Sachleistungen über einen ausgebauten Pflegefonds,**
- **bundesländerübergreifende Erbringung von Betreuungs- und Pflegeleistungen ermöglichen,**
- **bessere Zusammenarbeit zwischen dem Gesundheitswesen (Krankenhäuser, Primärversorgung) und der Langzeitpflege (mobile Dienste, teil-/stationäre Angebote).**

Reform der Pflegegeldeinstufung

- **Durchführung aller Begutachtungen zur Pflegegeldeinstufung durch DGKP als Spezialist:innen für Pflege,**
- **wissenschaftlich begleiteter Prozess zur Neuaufstellung der Pflegegeldeinstufung zu einem fachlich korrekten und anerkannten Instrument der Beurteilung von Pflegebedürftigkeit.**

Nachhaltige Finanzierung

- **nachhaltige Finanzierung der erforderlichen Mittel aus Steuergeldern**
- **Verknüpfung von Finanzierung und gemeinsamer, österreichweiter Rahmenbedingungen für die Langzeitpflege durch einen Ausbau des Pflegefonds**

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich